

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913**

1.2.1913 (No. 31)



# Karlsruher Zeitung

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 31

Samstag, den 1. Februar 1913

156. Jahrgang

Expedition:  
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-  
anschl. Nr. 154), wofür auch Anzeigen  
in Empfang genommen werden.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;  
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.  
Einrückungsgebühr: die 6mal gespaltene Zeile für deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte  
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei  
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung  
übernommen.

**Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“  
Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden“  
für die Monate**

**Februar und März**  
nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

### Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog  
haben Sich unter dem 11. Januar 1913 gnädigst be-  
wogen gefunden, dem königlich bayerischen Generalmajor  
Landwehrinspekteur Ferdinand Müller in München das  
Kommandeurkreuz I. Klasse und  
dem Hauptmann und Kompagniechef im königlich  
bayerischen 2. Infanterie-Regiment Freiherrn von Ver-  
them daselbst das Ritterkreuz II. Klasse mit Eichenlaub  
höchstzweites Ordens vom Bähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog  
haben Sich unter dem 17. Januar 1913 gnädigst be-  
wogen gefunden, dem Rittergutsbesitzer Major a. D. Frei-  
herrn von Verlepsch auf Schloß Seebach (Kreis Rangen-  
salza) das Ritterkreuz I. Klasse mit Eichenlaub höchst-  
zweites Ordens vom Bähringer Löwen zu verleihen.

Des Großh. Ministerium des Kultus und Unterrichts  
hat mit Entschliessung vom 28. Januar 1913 den Zei-  
chenkandidaten Friedrich Landes von Freiburg zum Bei-  
senlehrer am Realprogymnasium in Mosbach ernannt.

### Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 31. Januar.

#### Die Balkankrise.

Die formelle Überreichung der türkischen Note an den  
Botschafter Pallavicini, die bereits gestern vormittag er-  
folgen sollte, ist im letzten Moment auf den Nach-  
mittag verschoben worden. Der Minister des Äußern  
war schon an der Schwelle der österreichisch-ungarischen  
Botschaft angelangt, als er durch einen besonderen Boten  
aufgehalten wurde. Der Abbruch der Friedensverhand-  
lungen in London soll eine leichte Änderung im Wortlaut  
der Note nötig gemacht haben. Der wesentliche Inhalt  
blieb jedoch, wie es heißt, der bereits gemeldete. Die Über-  
reichung erfolgte um 3 Uhr nachmittags. In diplomati-  
schen Kreisen findet man nach den bisher vorliegenden  
Meldungen die Note der Porte verhältnißlich und den  
Mächten gegenüber entgegenkommend. Man ist aber der  
Ansicht, daß nach der Kündigung des Waffenstillstandes,  
die die Situation vollständig ändert, die Note sozusagen  
wirkunglos bleibt, wenn die Feindseligkeiten am Mon-  
tag 7 Uhr abends beginnen sollten. Amtliche Kreise der  
Porte erklären, daß selbst nach Ablauf der Kündigungs-  
frist die Türken sich lediglich verteidigen würden, wenn  
die Balkanverbündeten zuerst angreifen sollten. Aller-  
dings könnten sich in der Zwischenzeit sehr viel Dinge er-  
eignen, die einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten  
vorbeugen würden.

Mit weniger günstiger Miene wird die Antwortnote  
von den Balkanverbündeten aufgenommen. Dr. Daneu  
erklärte einem Vertreter des neuterischen Bureaus na-  
mens der Verbündeten, die Antwort der Türkei sei nicht  
geeignet, die Grundlage für neue Verhandlungen zu bil-  
den. Die Verhandlungen würden ohne die Abtretung  
Adrianopels und der Inseln nicht wieder aufgenommen.  
Im übrigen müsse die Abtretung vor der Wiederauf-  
nahme des Krieges erfolgen. Der erste Kanonenschuß  
ändere die Bedingungen der Verbündeten. Dr. Daneu  
gab die Erklärung nach seiner Rückkehr von einem Besuch  
im Auswärtigen Amt ab.

Weitere Drahtnachrichten besagen:

Wien, 30. Jan. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Die  
bulgarische Gesandtschaft erhielt folgende Depesche  
aus Sofia: Der Waffenstillstand wurde heute um 7 Uhr  
abends gekündigt, so daß am Montag um 7 Uhr abends  
die kriegerische Aktion wieder aufgenommen werden wird.  
Das Hauptquartier hat den Befehl erlassen, wonach die  
freunden Militärrattachés und die Kriegskorrespondenten

auf dem Kriegsschauplatz nicht zugelassen werden und  
die Erlaubnis zur freien Reise in Bulgarien nicht ge-  
geben wird.

Bukarest, 30. Jan. Das von dem rumänischen Gesand-  
ten Mişu und dem bulgarischen Delegierten Dr. Daneu  
über die Forderungen Rumäniens und die Zugeständnisse  
Bulgariens aufgesetzte Protokoll ist von beiden Delegier-  
ten unterzeichnet und nach Bukarest gesandt worden.

London, 30. Jan. Die Balkandelegierten haben das  
neuterische Bureau davon in Kenntnis gesetzt, daß die  
Türkei auf dem Schlachtfeld die Friedenspräliminarien  
unterzeichnen müsse, ehe weitere Verhandlungen möglich  
seien.

London, 30. Jan. Wie das „neuterische Bureau“ er-  
fährt, beschäftigten sich die Botschafter bei ihrer gestrigen  
Konferenz allein mit der Frage der Grenzen des zukünf-  
tigen autonomen albanischen Staates und mit der durch  
den Abbruch der Friedensverhandlungen geschaffenen  
Lage. Die Beratung der finanziellen und ökonomischen  
Bereinigungen, die durch die Gebietsabtretungen an  
die Balkanverbündeten notwendig werden, wurde bis  
zu der am nächsten Montag stattfindenden Zusammen-  
kunft vertagt.

Paris, 30. Jan. Der hier aus London eingetroffene  
bulgarische Finanzminister Theodorow erklärte einem Re-  
dakteur des „Temps“ u. a., Bulgarien werde die Forde-  
rung nach einer Kriegsschuldhaftigkeit aufrecht erhalten.  
Wir haben 25 000 Tote auf dem Schlachtfeld verloren  
und wir werden dadurch allein in 20—30 Jahren 10 Mil-  
lionen an Pensionen ausgeben haben. Bulgarien hat  
jetzt 550 000 Mann. Die Türkei, die Bulgarien dazu  
zwingt, diese Armee auf dem Kriegsfuß zu halten, möge  
auch die Kosten bezahlen. Im Prinzip seien die Balkan-  
verbündeten bereit, einen Teil der türkischen Schuld zu  
übernehmen, aber sie könnten keine willkürliche Einschät-  
zung zulassen. Die Balkanverbündeten könnten seiner  
Ansicht nach von den 3 Milliarden der türkischen öffent-  
lichen Schuld 400 Millionen übernehmen, wozu noch ge-  
wisse besondere Verpflichtungen, wie die Kilometergaran-  
tie in den von den Balkanstaaten annektierten Provinzen  
kämen.

Delhi, 30. Jan. Eine Versammlung von Muselmanen  
nahm eine Tagesordnung an, in der die englische Regie-  
rung gebeten wird, sich während der Friedensverhand-  
lungen an keiner Zwangsmaßregel gegen die Türkei zu be-  
teiligen und das türkische Volk wie die Regierung aufge-  
fordert wird, den Ruhm des Islams aufrechtzuerhalten  
oder unterzugehen.

### Reichstag.

Berlin, 30. Januar.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung 1 Uhr 18 Min.  
Saus und Tribünen sind dicht besetzt. Erster Punkt der  
Tagesordnung ist die namentliche Abstimmung über den  
polnischen Interpellationsantrag: „Die Zulassung der Ent-  
scheidung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der preu-  
sischen Anstaltungskommission entspricht nicht der Auffassung  
des Deutschen Reichstags“. Für diesen Antrag stimmen 213,  
dagegen 97 Abgeordnete, 43 Abgeordnete enthalten sich der Ab-  
stimmung. Der Antrag ist somit angenommen.

Darauf folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs betr.  
vorübergehende Zollrückstellungen bei der Einfuhr von Fleisch.  
Die Kommission beantragt unveränderte Annahme der Vor-  
lage, dagegen beantragen die Sozialdemokraten und Fort-  
schrittler in mehrfacher Hinsicht Änderungen. Außerdem  
beantragen die Sozialdemokraten eine Resolution auf Auf-  
hebung der Futtermittelzölle. Unter den sozialdemokratischen  
Anträgen befindet sich auch eine Resolution auf Zulassung  
der Einfuhr von frischem und gekochtem Fleisch aller Art.  
Über diese Resolution wird morgen abgestimmt werden.

Abg. Simon (Soz.) erklärt, die Teuerung werde solange be-  
stehen, als nicht mit der Zollgesetzgebung völlig aufgeräumt sei.  
Wohl habe die Teuerung einen internationalen Charakter,  
aber nirgends seien die Preise so hoch wie bei uns.

Abg. Herold (Ztr.) führt aus, das Zentrum halte grund-  
sätzlich an dem bisherigen Wirtschaftssystem fest, und lehne  
die vorliegenden Anträge durchweg ab.

Abg. Dr. Wöttger (Nat.) sagt, der Gesetzentwurf stelle einen  
Versuch dar, einen Notstand zu beseitigen. Die scharfe Kritik  
an unserer Zollpolitik sei nicht berechtigt. Seine Partei lehne  
die vorgebrachten Anträge ab. Eine Durchlöcherung des Zoll-  
systems würden wir nicht mitmachen.

Abg. Arnstadt (Kons.) gibt eine Fleischtsteuerung ohne  
weiteres zu, aber nicht eine Fleischnot. Durch die Beseitigung  
des Schutzzollens hätte die Landwirtschaft schwer unter der  
Konkurrenz des Auslandes zu leiden haben.

Abg. Hübner (Fortf. v. Dpt.) erklärt, unsere heutige Zoll-  
politik sei lediglich eine Großgrundbesitzer-Politik.

Unterstaatssekretär Richter führt aus, die Zollaufhebung  
würde lediglich dem Handel zugute kommen. Die Aufhebung  
des § 12 des Fleischbeschaugesetzes wäre eine schwere Ge-  
fährdung der Volksgesundheit. Die inländische Produktion  
würde unrentabel werden. Die Schweinezucht Deutschlands  
überträte diejenige Englands um mindestens das Vierfache.  
Sie ist für uns die Viehzucht des kleinen Mannes, der bei  
Vergrößerung der Fleischeinfuhr schwer geschädigt würde.  
Das müssen wir zu verhindern suchen. Darauf wird die Sitzung  
vertagt. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Fortsetzung und  
Fortsetzung der Staatsberatung. Schluß 1/2 Uhr.

Der Deutsche Reichstag hat mit seiner gestrigen ver-  
hängnisvollen Abstimmung über die Mißtrauensresolu-  
tion in Sachen der preußischen Polenpolitik sein An-  
sehen keineswegs gefördert. Wir sprechen absichtlich von  
einer verhängnisvollen Abstimmung: wurde sie doch von  
derselben schwarz-rot-polnischen Mehrheit herbeigeführt,  
die schon einmal durch ihr Zusammengehen im  
Reichstag die innere Politik in ungelicher Weise be-  
einflußt hat. Diese unsere Auffassung kommt nicht  
nur in Zeitungen der niedergestimmten Mehr-  
heit, sondern auch in solchen Blättern zum Aus-  
druck, die die Politik vom unabhängigen Stand-  
punkte aus betrachten. So schreibt u. a. das „Karlsruher  
Tagblatt“: „Von einer willkürlichen Reichstagsmehrheit,  
die weder eine Lebensfähigkeit, noch auch nur einen Le-  
benswillen hat, ist dem preußischen Ministerpräsidenten  
v. Bethmann-Hollweg in der Person des Reichskanzlers  
v. Bethmann-Hollweg ein Mißtrauensvotum wegen der  
preußischen Polenpolitik erteilt worden. Das ist staats-  
rechtlich unzulässig und logisch ein Nonens. Denn den  
Reichstag geht die preußische Polenpolitik nichts an, und  
Herr von Bethmann-Hollweg wird wegen dieses Miß-  
trauensvotums weder als preußischer Ministerpräsident  
noch als Reichskanzler zurücktreten. Man braucht also  
der Sache keine besondere Wichtigkeit beizulegen, wenn  
nicht die Arbeit des Reichskanzlers, dessen ganze Aufmerk-  
samkeit auf die Vorgänge auf der Balkanhalbinsel und  
auf die Bewahrung des Friedens und des Ansehens  
Deutschlands nach außen hin gerichtet ist, durch solche An-  
griffe erschwert und beeinträchtigt würde. Auf der einen  
Seite wird, wie Herr Fuhrmann unlängst in Essen getan  
hat, die Tätigkeit der Leiter unserer auswärtigen Politik  
scharf hergenommen, auf der anderen werden dem verant-  
wortlichen Leiter dieser Politik im Innern Schwierigkeiten  
gemacht, die notwendig eine ungünstige Wirkung nach  
außen haben müssen. Wenn das Zentrum Grund zu ha-  
ben glaubt, Herrn v. Bethmann-Hollweg gram zu sein,  
(— wozu es unserer Meinung nach gar keine Veranlas-  
sung hat —) und ihn seine Macht fühlen zu lassen,  
so wäre es unseres Erachtens kein unbilliger Wunsch, daß  
es sich eine geeignetere Zeit als gerade die der großen  
europäischen Krise aussucht und den Streit auf einem  
anderen Boden auskämpft, als durch Eingriffe in bun-  
desstaatliche Kompetenzen. Wir wollen in dessen von der  
weiteren Darlegung der unerfreulichen Folgen derartiger  
politischer Kurzsichtigkeiten absehen, in der Hoffnung, daß  
das Zentrum, das ja doch für seinen Teil zur Erhaltung  
des Ansehens und der Macht des Reiches beizutragen nicht  
weniger entschlossen ist, als die übrigen bürgerlichen Par-  
teien, sich selbst über die Konsequenzen seines Schachzuges  
klar werden wird.“

Berlin, 30. Jan. Die Wahlprüfungskommission des Reich-  
tages hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, die Wahl des  
Abg. Gützmann (Soz.), Wahlkreis Staffel II (Rassel-Mellun-  
gen), für gültig zu erklären.

### Politische Übersicht.

#### Sozialdemokratie und Heeresvorlage.

Der „Vorwärts“ kritisiert heftig die bevorstehende  
Militärvorlage, obwohl er weder über den allgemeinen  
Umfang noch über die Einzelheiten etwas weiß. Schon  
die Nachricht der „Germania“ aber, daß es sich dabei um  
etwa 100 Millionen jährlich mehr handeln solle, verlegt  
ihn in äußersten Zorn. Eine solche Heeresvorlage mit  
einer so großen Forderung wäre etwas so „Ungeheuer-  
liches“, „nie Dagewesenes“, daß man an der gefunden  
Bermunft derer zweifeln müßte, die solche Forderungen  
zu stellen wagten. Der „Mannheimer Generalanzeiger“  
antworte darauf u. a.: „Etwas Ungeheuerliches oder  
nie Dagewesenes“ würde die Mehrforderung nicht dar-  
stellen, denn die Heeresvermehrung im Jahre 1893 hat

mindestens dieselben, wenn nicht noch höhere Anforderungen gestellt. Ob aber die Forderung 100 Millionen oder nur 80 oder nur 60 ausmacht, das Entscheidende ist immer nicht die Höhe der Summe, sondern die Frage der Notwendigkeit. Diesen Nachweis zu führen, ist natürlich Sache der Regierung und sich vorher über die Vorlage zu erregen, hat keinen Sinn. Die Sozialdemokratie hat so oft sich über „Vorschulvorbeeren“ lustig gemacht, Vorschulprüfung ist mindestens ebenso töricht. Mit dieser Kanonade nach einem Ziele, das sie noch gar nicht kennt, gibt sich aber die Sozialdemokratie auch eine Blöße, denn sie gibt dadurch zu erkennen, daß sie unter allen Umständen gegen jede Stärkung unserer Wehrkraft ist, einerlei, ob die Notwendigkeit nachgewiesen wird oder nicht. Das ist ja nun freilich nichts Neues, denn noch niemals hat die Sozialdemokratie eine Forderung für Deutschlands Wehrkraft bewilligt. Durch die regelmäßige Ablehnung verliert die Partei den Anspruch, wenigstens in Fragen dieser Art, ernsthaft genommen zu werden, und auch bei der parlamentarischen Erörterung der Vorlage werden ihre Redner, obwohl die sozialistische Partei die weitaus stärkste des Reichstags ist, weniger Aufmerksamkeit verdienen, als die irgend einer anderen, selbst der kleinsten bürgerlichen Partei. Denn wer eine Forderung schon vor ihrem Bekanntwerden mit den beständigen Gebärden des Wischens ablehnt, dessen nachher vorgebrachten „Gründe“ sind ja sachlich ganz gleichgültig.

#### Die Verhandlungen im Binnenschiffahrtsgewerbe.

Von dem Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt ging uns folgender Bericht zu: Die Mittwoch fortgesetzte Beratung zwischen dem Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt und dem Deutschen Transportarbeiterverband, sowie dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer ist ergebnislos verlaufen. Von Seiten des Arbeitgeberverbandes war das Angebot gemacht worden, im Laufe des Jahres 1913 einwandfrei von beiden Gruppen kontrollierte Unterlagen über die tatsächlichen Arbeitszeiten für die Schiffsmannschaften zu beschaffen, das so gewonnene Material der Reichsregierung zu unterbreiten und die Bitte daran zu knüpfen, an der Hand dieses Materials, den Verhältnissen der einzelnen Stromgebiete entsprechend, eine gesetzliche Regelung der Nachtrübe für die Elbe, die Oder und die märkischen Wasserstraßen in die Wege zu leiten. Die Organisationen der Arbeitnehmer erhoben dagegen den Einspruch, daß diese Regelung vom Jahre 1914 ab selbständig ohne allgemeine gesetzliche Vorschriften stattfinden solle. Die Forderung mußte der Arbeitgeberverband ablehnen, da dadurch die diesem angehörigen Betriebe einseitig belastet worden wären, während alle außerhalb des Verbandes stehenden Betriebe, die den sehr überwiegenden Teil der Binnenschiffahrt auf den genannten Wasserstraßen ausmachen, von dieser Belastung nicht betroffen werden würden. Der Arbeitgeberverband hatte, wie schon berichtet wurde, eine allgemeine Lohnerhöhung von 5 Mark pro Mann und Monat angeboten und sich bereit erklärt, wegen der Überstunden, Effektenversicherung und Reisekosten entgegenzukommen. Dieses Anerbieten wurde in der Versammlung von dem Arbeitgeberverband erneut gemacht, vermochte jedoch nicht, die Arbeitnehmerverbände von ihren bezüglich der Nachtrübe aufgestellten Forderungen abzubringen.

\* Zum Kaiserjubiläum. Der Kreistag des Oberaamtskreises hat beschlossen, dem Kaiser zum Regierungsjubiläum für Zwecke der Saalburgforschung 20 000 M. zur Verfügung zu stellen.

\* Der Bundesrat überwies die Vorlage betr. den Entwurf von Bestimmungen für die land- und forstwirtschaftlichen Aufnahmen im Jahre 1913 dem zuständigen Ausschuss. Die Wahl der höheren Beamten für die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ist vollzogen. Dem Entwurf des Gesetzes über die Verlegung der deutsch-österreichischen Grenze bei Hammer-Unterwiesenthal-Weipert wurde zugestimmt.

\* Im Spionageprozess Ewald wurde der Angeklagte vom Reichsgericht wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu sieben Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Die Verhandlung stellte fest, daß der Angeklagte sich von der englischen Admiralität als Spion anstellen ließ und sieben Berichte und Zeichnungen über geheimzuhaltende Gegenstände auslieferte.

\* Das internationale Arbeitsamt in Basel und die Früherlegung der Stunden im Sommer. Mit der wichtigen Frage der Früherlegung der Stunden im Sommer ist jetzt auf Antrag der Handelskammer Sorau durch den Handelstag auch das internationale Arbeitsamt in Basel befaßt worden. Die genannte Handelskammer hat erklärt: „Da die Bedenken gegen die gesetzliche Früherlegung der Sommerstunden sich fast ausschließlich auf die Befürchtung gründen, daß internationale Schwierigkeiten aus der Regelung der Eisenbahnanschlüsse entstehen könnten, so will es uns angezeigt erscheinen, daß von vornherein schon auch der Versuch zur internationalen Regelung gemacht wird. In Anbetracht des Umstandes, daß die Sache in erster Linie eine Arbeiterwohlfahrtsfrage darstellt, gestatten wir uns die Anregung, die dem Reichstag unterbreitete Eingabe auch dem Internationalen Arbeitsamt in Basel zustellen zu wollen. Der Handelstag ist diesem Ersuchen nun nachgegeben.“

\* Einführung der Warenhaus- und Zilialsteuer in Darmstadt. Die Stadtverordnetenversammlung in Darm-

stadt beschloß mit allen gegen drei Stimmen die Einführung einer Warenhaus- und Zilialsteuer, zunächst veranschlagt für die Jahre 1913 bis 1915. Die Steuer beträgt 1 bis 3 Prozent des Jahresumsatzes.

\* Zur Fleischsteuerung. Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, trat die Fleisch-Enquete-Kommission unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Delbrück zu ihrer dritten Tagung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Fortführung der Sachverständigenvernehmung für das Versorgungsgebiet Berlin, und zwar soll die Frage des Fleischverkaufs durch Warenhäuser, Konsumanstalten und Kommunen sowie das Nachrichtenwesen und die Statistik zur Erörterung kommen. In letzterer Hinsicht soll insbesondere geprüft werden, ob sich durch zweckmäßigere Gestaltung des Nachrichtenwesens ein größere Gleichmäßigkeit der Preise herbeiführen läßt, ferner, ob sich der Anschlag des Preises im Laden empfiehlt und welcher Einfluß auf die Preisbildung ihm zukommt. Die Verhandlungen, zu denen vierzig Sachverständige erschienen, wurden vertraulich geführt. Auch die Bundesregierungen entsandten Vertreter.

#### \* Ausland.

Dundee, 30. Jan. Bei dem Festmahl, das aus Anlaß der Erteilung des Ehrenbürgerrechts der Stadt an Premierminister Asquith von dem Bürgermeister gegeben wurde, sagte in Beantwortung eines Toastes auf die Flotte der erste Lord der Admiralität, Churchill, die Flotte sei stark und müsse auch in den gegenwärtigen Zeitläuften stark sein. Wenn er demnach die Flotte dem Unterhaufe unterbreiten werde, so werde er zuversichtlich zeigen können, daß die Flotte absolut und relativ stärker werde. Es sei keine Gefahr, daß Großbritannien von der hohen Stellung, die es erreicht habe, im Laufe der Zeit oder durch die Umwälzung in der Schiffsbautechnik herabgedrückt werde. Auch die Armee sei stark und arbeite immer enger mit der Flotte zusammen. Dies bedeute aber nicht, daß man auf Unterdrückung oder auf Eroberungen ausgehe. Es sei der erdrückende Beweis geliefert worden, daß, wie stark auch immer die Macht Großbritanniens sein möge, sie nur zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens benutzt werden würde. Unser Antagonismus mit Frankreich in früheren Tagen hat zur Befestigung der Südküsten und zu ihrem Ausbau für Flottengzwecke geführt. Jetzt aber hat sich die internationale politische Lage geändert und der wichtige Ausbau der Häfen der Ostküste hat besondere Bedeutung erlangt. Unser Zwist mit Frankreich ist glücklicherweise zu Ende und wir dürfen einer Zeit entgegengehen, wo wir, ohne daß der Frieden der Kulturnationen gestört wird, auf dem besten Fuß mit einer jeden der europäischen Großmächte stehen werden. (Beifall.)

Dundee, 30. Jan. Während der Feierlichkeit anläßlich der Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt an Asquith kam es zu Tumulten. Als Asquith auf die an ihn gerichtete Ansprache erwiderte, wurde er andauernd von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts unterbrochen. Eine Frau, die Asquith Verräter nannte, wurde unter großem Lärm hinausgeführt. Als man fortfuhr, die Demonstrantinnen hinauszuweisen, packte die Frau der Schreden, sie flüchteten und wollten von der Galerie 20 Fuß tief hinabspringen. Man hielt sie im letzten Augenblick zurück. Schließlich ließ der Tumult nach und Asquith sprach weiter.

London, 31. Jan. Oberhaus. Die Homeruliebill wurde mit 326 gegen 69 Stimmen abgelehnt. Es herrschte keinerlei Erregung im Hause.

Paris, 30. Jan. Nach einer offiziellen Mitteilung hat sich der Ministerrat im Hinblick auf die morgige Kammerdebatte über die Angelegenheit des Oberstleutnants Du Paty de Clam dahin ausgesprochen, daß das Wiederanstellungsgesetz nicht zurückgezogen werden könne, doch werde Du Paty de Clam nur mit einem Dienstbrief versehen werden und nur im Falle einer Mobilisierung irgend einen Posten erhalten.

Newyork, 31. Jan. Der Handelsminister hat die Verfügung der Einwanderungsbehörde betr. die Anschließung des früheren Präsidenten Castro bestätigt.

## Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 31. Januar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte im Laufe des heutigen Tages die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb, des Finanzministers Dr. Rheinboldt und des Geheimrats Dr. von Nicolai.

Heute abend wird Seine Königliche Hoheit den Vorträgen im Naturwissenschaftlichen Verein in der Technischen Hochschule antwohnen.

#### Fahrplanabschnitt 1913/14.

\*\* Der Fahrplänenentwurf 1913/14 sieht für die badischen Linien im internationalen Durchgangsverkehr verschiedene wesentliche Verbesserungen vor.

Der bisherige D-Zug 94 wird auf der Strecke Heidelberg-Basel unter Auflassung einiger Halte erheblich beschleunigt um einen wichtigen Anschluß an den schweizerischen Zug 1661 und damit eine Verbindung nach der neu eröffneten Lötzbühl-Linie herzustellen. Bei nahezu der gleichen Abgangszeit in Heidelberg wie heute trifft

der Zug künftig 2<sup>55</sup> in Basel Bad., 3<sup>17</sup> im Bundesbahnhof Basel ein und findet 3<sup>00</sup> Anschluß nach der inneren Schweiz mit Ankunft in Interlaken um 7<sup>45</sup>, in Genf über Biel um 9<sup>22</sup>, über Bern 9<sup>15</sup>. Zum Anschluß an D 94 aus dem Rheinland wird ein neuer Eilzug Köln-Biesbaden-Mannheim-Karlsruhe gefahren: Köln ab 5<sup>22</sup>, Mannheim an 10<sup>08</sup>, Karlsruhe an 11<sup>58</sup> unter Benützung des bestehenden Eilzuges 156 und Herstellung eines Anschlusses aus Frankfurt ab 9<sup>44</sup>. Durch die Früherlegung des Zugs 156 zum Anschluß an D 94 geht der heute mit Zug 104/242/156/15 vermittelte Anschluß nach Württemberg verloren. Eine Verbindung besteht jedoch noch mit Zug 8/15 über Heidelberg, die in Frankfurt auch den Anschluß des neuen Eilzuges, Köln ab 5<sup>22</sup>, aufnimmt. Der seitherige Eilzug 8 Frankfurt-Karlsruhe wird unter Bedienung der von D 94 durchfahrenen Stationen künftig als Eilzug bis Basel durchgeführt. Er trifft 4<sup>41</sup> daselbst ein und vermittelt in Offenburg die Verbindung an den Schwarzwaldeilzug 156.

Als Gegenzug zum Zug D 94 wird Zug D 43, zunächst für den Sommer, vom 1. Mai an gefahren. Er verläßt Basel S.B.B. um 12<sup>58</sup> unter Aufnahme der Anschlüsse von Luzern, Bern, Genf und Lötzbühl sowie aus Zürich und trifft in Frankfurt 6<sup>22</sup> über Heidelberg ein. Die angestrebte Umleitung des Zuges über Mannheim ließ sich nicht ermöglichen. Als Ersatz werden zur Herstellung einer Verbindung mit D 169 nach Köln die Züge D 186/185, dieser im unmittelbaren Anschluß an D 43 zwischen Karlsruhe und Mannheim schon vom 1. Mai ab ausgeführt.

Der frühere Saisonzug D 46, der ebenfalls vom 1. Mai ab verkehrt, ist 1 1/2 Stunden später gelegt worden.

Frankfurt ab 1<sup>43</sup>, Basel S.B.B. an 7<sup>22</sup>. Hier findet er vom 1. Juli bis 30. September Anschluß an den Zug S.B.B. 123 nach Luzern-Bellinzona (an 3<sup>2</sup>). Als Gegenzug zum Zug D 46 wird vom 1. Juli bis 30. September ein neuer Zug D 47 Basel-Karlsruhe verkehren: Basel S.B.B. ab 3<sup>00</sup> unter Aufnahme der Anschlüsse von Luzern und Interlaken mit Verbindung von Mailand-Brig über den Lötzbühl. In Karlsruhe werden die Anschlüsse nach Frankfurt und Köln mit den Zügen E 153 und 165 erreicht.

Zur Entlastung des Hamburger Schnellzuges D 85 und zur Sicherstellung des Anschlusses an den Zug D 5 nach Berlin in Mannheim verkehrt für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September unter Verwendung des Rheinischen Teils von Zug D 85 täglich ein besonderer Zug Basel-Mannheim, Basel S.B.B. ab 9<sup>15</sup>, Mannheim an 1<sup>12</sup>.

Die Züge Wiesbaden-Rudwigshafen a. Rh. E 135/136 werden vom 1. Mai bis und ab Heidelberg durchgeführt; Heidelberg an 5<sup>40</sup>, ab 8<sup>00</sup>.

Über die Höllentalbahn wird, zunächst verjuchweise für den Sommer, ein weiteres Eilzugpaar Freiburg-Ulm eingelegt. In der Richtung Ulm-Freiburg verkehrt der neue Zug Ulm um 10<sup>00</sup>, unter Aufnahme des Anschlusses von D 52 aus München, erreicht Donaueschingen um 2<sup>19</sup> und trifft in Freiburg um 4<sup>08</sup> ein. In der Gegenrichtung verkehrt der Zug Freiburg ab 5<sup>01</sup>, Donaueschingen 7<sup>12</sup>, Ulm an 10<sup>22</sup> zum Übergang auf den Zug D 61 Straßburg-München.

Die neuen Züge werden, ebenso wie die schon bestehenden Züge 383/384, zwischen Ulm und Donaueschingen mit Speisewagen ausgestattet. Dagegen hat Bayern den Übergang durchlaufender Wagen bei den Zügen D 52/61 bisher abgelehnt. Zur Verbesserung der Verbindungen zwischen Freiburg und Mülhausen-Paris verkehrt zum Anschluß an die neuen Eilzüge über das Höllental zwischen Freiburg und Mülhausen ganzjährig ein neues Eilzugpaar, das in Mülhausen die Anschlüsse an die Eilzüge D 29/30 vermittelt. Auch zwischen Freiburg und Colmar wird eine neue ganzjährige Eilzugsverbindung eingerichtet: Freiburg ab 3<sup>44</sup> und Freiburg an 11<sup>11</sup>. Schließlich wird noch die Reisedauer Mailand-Berlin bei den Zügen 64, 122, 283, D 37 wesentlich gekürzt. Durch Zusammenschluß der S.B.B. Züge 283 und 177 wird es möglich bei Abfahrt in Mailand um 9<sup>25</sup>, in Schaffhausen um 5<sup>15</sup>, in Egingen 5<sup>40</sup>, in Immenhingen 6<sup>20</sup> in Osterburken annähernd wie heute einzutreffen. Durch die dabei auf Strecke Schaffhausen-Immenhingen erforderlichen Verschiebungen wird eine gute Verbindung von Konstanz und der Ostschweiz nach Brüssel-Ostende mit den Zügen D 37, 151, D 66 D 9 hergestellt.

In der Ost-Westrichtung wird der Zug D 57/D 19 künftig ganzjährig von München bis Wien fortgesetzt, München ab 1<sup>30</sup>, Wien an 9<sup>22</sup>. In der Gegenrichtung verkehrt Zug D 60 mit unmittelbarer Verbindung aus Wien, ab 8<sup>15</sup>, München an 5<sup>00</sup>, ab 5<sup>20</sup>, Karlsruhe an 11<sup>02</sup>. Die Abfahrt aus Wien 8<sup>15</sup> besteht indes vorläufig nur für den Sommer. Im Winterdienst wird der Zug Wien zunächst noch um 7<sup>00</sup> verlassen.

Kleine Verschiebungen in den angegebenen Verkehrszeiten bleiben vorbehalten.

#### Aus dem Verein der Badener zu Berlin.

Am 20. Januar fand die jährliche Generalversammlung des Vereins statt, verbunden mit der Neuwahl des Gesamtvorstandes. Schon die ungewöhnlich große Beteiligung ließen das erhöhte Interesse für den Verein sowie eine fortgeschrittene Festigung und Erstarbung der landsmannschaftlichen Zusammengehörigkeit erkennen. Die günstigen Rechnungsergebnisse und die dadurch ermöglichten größeren Unterstützungsmöglichkeiten durch die bedürftigen Landesleute, die Zunahme der Mitgliederzahl und der fördernden Mitglieder bekräftigten. Unter allgemeinem Beifall wurde der badische Bundesratsbevollmächtigte, Ministerialrat Dr. Rieger, mit Worten des Dankes für erwiesene Unterstützung und stetiges Wohlwollen

zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt, ebenso Fabrikant ...

B.C. Zu den Landtagswahlen. Die Sozialdemokratische Partei hat als Landtagskandidaten im 36. Landtagswahlkreis ...

Heidelberg, 30. Jan. Das Heidelberger Flugkomitee hat aus dem Zivilkabinett des Kaisers die Mitteilung erhalten, daß der Kaiser seinen Dank für die Heidelberger Flugspende von 20000 M. für ein deutsches Militärflugzeug ausspricht.

Mosbach, 29. Jan. Bei der Bürgermeisterwahl in Mosbach wurde der bisherige Bürgermeister Schreiber wiedergewählt.

Ueberlingen, 29. Jan. Den Nachforschungen der Behörde ist es noch nicht gelungen, eine Spur von den Brandstiftern, welche das Bootshaus in Ueberlingen in Brand steckten, zu finden.

Aus der Residenz.

Zur Tarifbewegung der Buchdrucker-Gehilfen. Die seit 12 1/2 Wochen dauernde Tarifbewegung der Buchdrucker-Gehilfen wurde, wie uns vom Ortsverein Karlsruhe des Deutschen Buchdruckervereins gemeldet wird, gestern durch einen neuen Tarifabschluß zwischen dem Ortsverein Karlsruhe des Deutschen Buchdruckervereins und dem Verband der Buch- und Stein-drucker-Gehilfen und Arbeiterinnen Deutschlands beendet.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die Balkankrise.

Konstantinopel, 30. Jan. 10 Uhr abends. Das Pressebureau veröffentlicht ein Komunique des Hauptquartiers, das besagt: Da die Bulgaren den Waffenstillstand aufgekündigt haben, werden wir die Feindseligkeiten gemäß Artikel 4 des Waffenstillstandsprotokolls am Montag abend 7 Uhr wieder beginnen.

Konstantinopel, 31. Jan. Die Depesche, womit der Oberkommandierende der bulgarischen Armee, General Sawow, dem Generalissimus Mahmud Schewket die Kündigung des Waffenstillstandes mitteilt, hat folgenden Wortlaut: „Ich teile Ev. Erzellenz mit, daß die Verhandlungen in London abgebrochen worden sind. Ich habe die Ehre, darauf hinzuweisen, daß die Feindseligkeiten gemäß Artikel 4 des Waffenstillstandsprotokolls vier Tage nach Überreichung der Kündigung, d. h. am nächsten Montag, abends 7 Uhr, wieder aufgenommen werden.“

Konstantinopel, 31. Jan. Die gestern überreichte türkische Antwort besagt: „Die kaiserliche Regierung glaubt hervorheben zu sollen, daß sie bereits unzweifelhafte Beweise ihrer persönlichen Haltung dadurch gegeben hat, daß sie unermeßlichen Opfern zustimmte. Da Adrianopel eine Stadt ist, die vermöge ihres besonderen Charakters in untrennbarem Zusammenhang mit dem türkischen Reiche steht, hat das bloße Gerücht von einer Abtretung

dieser Stadt im ganzen Lande eine derartige Erregung hervorgerufen, daß sie die Demission der Regierung herbeigeführt hat. Nichtsdestoweniger ist die kaiserliche Regierung, um den äußeren Beweis ihrer friedfertigen Gesinnung zu geben, geneigt, sich dem Wunsche der Mächte hinsichtlich jenes Teiles von Adrianopel zu fügen, der am rechten Ufer der Marija gelegen ist, während sie den am linken Ufer des Flusses gelegenen Stadtteil mit seinen Moscheen, Kaufmann und anderen historischen und religiösen Denkmälern behält. Die Erhaltung des Teiles der Stadt unter ihrer direkten autonomen Souveränität ist für die kaiserliche Regierung eine Notwendigkeit, der sie sich nicht entziehen kann, ohne das Land einer Erschütterung ausgesetzt, die schwerere Komplikationen mit sich bringen könnte. Was die ägäischen Inseln betrifft, so gestattet sich die kaiserliche Regierung, mitzuteilen, daß während ein Teil derselben infolge der unmittelbaren Nachbarschaft der Dardanellen für die Verteidigung der Hauptstadt unerlässlich ist, der Rest der übrigen ein integrierender Bestandteil der asiatischen Besitzungen des Kaiserreiches bildet und nicht minder unerlässlich ist für die Sicherheit Kleinasiens.“

Wien, 31. Jan. Das „Fremdenblatt“ schreibt: Durch den Abbruch der Friedensverhandlungen und die Kündigung des Waffenstillstandes sind neue Komplikationen entstanden. Die Möglichkeit, daß die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden, ist infolge der Ereignisse nicht gänzlich ausgeschlossen, aber auf eines ist, wenn nicht alle Anzeichen trügen, zu rechnen: Selbst in dem wohl nicht unwahrscheinlichen aber möglichen Falle des Kriegsausbruchs werden die Mächte ruhige Zuschauer des Kampfes bleiben, und die Befürchtungen, es könnten aus Anlaß dieses Kampfes gewaltigere Interessengegenstände als die der kriegführenden Parteien aufeinanderprallen, weichen immer mehr der zurechtfindenden Hoffnung, daß das Konzert der Mächte durch den Wiederausbruch der Feindseligkeiten auf dem Balkan nicht gestört werden wird.

London, 31. Jan. Die „Times“ hält es nicht für unwahrscheinlich, daß, wenn die Balkandelegierten auch die türkische Note als Basis für den Friedensschluß auch ablehnen sollten, sie vielleicht doch als Basis für erneute Verhandlungen betrachtet werden. Wenn sie auch formell schon Abschied genommen hätten, so würde man doch enttäuscht sein, wenn sie ihre Abreise nicht ein wenig aufschoben. Die „Times“ betont, daß die gestrigen Erklärungen eines Balkandelegierten über die Unannehmbarkeit der Note gemacht worden seien, bevor der volle Text der Note vorlag. Der Artikel schließt: „Unseres Erachtens gibt es kein wirkliches Hindernis mehr als die nominelle Souveränität für einen Teil von Adrianopel und die Frage der Inseln und in dieser Hinsicht macht die türkische Note bedeutende Konzessionen. Wir glauben nicht, daß die Ansprüche Rumäniens und Bulgariens sich als miteinander unvereinbar erweisen werden und daß die Zukunft Skutarijs die Mächte lange in Verlegenheit setzen wird. Die kriegführenden Parteien würden sich die ernsteste Beurteilung der zivilisierten Welt zuziehen, wenn sie Osteuropa von neuem in einen Krieg stürzten und zwar für Fragen, von denen keine für sie mehr sein kann, als eine Frage der Eitelkeit und Eigenliebe.“

Berlin, 31. Jan. Der Kaiser, die Prinzessin Heinrich, die Prinzessin Friedrich Karl von Hessen und Prinzessin Viktoria Luise wohnten der gestrigen Vorstellung im königlichen Schauspielhaus bei. Gegeben wurde das Schauspiel „1812“ von Otto v. d. Pfordten.

Berlin, 31. Jan. Prinz Eitel Friedrich ist heute vormittag um 9.36 Uhr vom Bahnhof Friedrichstraße nach Bukarest abgegangen.

Berlin, 31. Jan. Generalleutnant Voehn, Kommandant von Berlin, wurde in Genehmigung seines Abschiedsgesuches und unter Verleihung des Charakters als General der Kavallerie zur Disposition gestellt. Generalmajor von Bonin, Kommandeur der 1. Garde-Infanteriebrigade und beauftragt mit der Wahrung der Geschäfte der Kommandantur Potsdam, ist zum Kommandanten von Berlin ernannt worden.

Verchiedenes.

Berlin, 31. Jan. Wie dem „Lokalanz.“ gemeldet wird, ist in der Nähe von Gallegos (Argentinien) die Leiche des deutschen Ingenieurs Baumann von der Firma Dyckerhoff und Widmann (Hauptgeschäftsbetrieb a. M., mit Zweigniederlassungen in Karlsruhe, Stuttgart, Straßburg i. Elz, usw.) mit einer Schußwunde durch den Kopf aufgefunden worden.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe: B.: Karl Herde, Pader. — B.: Ludwig Nittershofer, Geiger. — Ein Mädchen: B.: August Weitzel, Eisenbahnsekretär. — B.: Friedrich Fridl, Kaufmann. Todesfälle. Richard, B.: Emil Schweiffe, Stadttagslöhner. — Elise Grether, B.: Ludwig Wilhelm Grether, Zimmermann. — Franziska Sahn, Ehefrau. — Verla, B.: Karl Buch, Tagelöhner. — Klara Länger, Witwe. — Elisabeth Eisen, Witwe. — Katharina Herr, Ehefrau. — Marie Sinn, Witwe. — Eugen Hochumel, Soldat, ledig. — August van der Voort, Affistent, Witwe. — Klara Kalkbrenner, Witwe. — Friedrich Karcher, Schuhmachermeister, Ehemann. — Kreszentia Bohner, Ehefrau. — Jakob Knobloch, Zimmermann, Ehemann. — Hermann Roster, Straßenbahn-Oberkontrollleur, Ehemann. — Oswald, B.: Jos. Fell, Schneider. — Rosina Rost, Ehefrau. — Katharina Herde, Witwe. — Anna Bischoff, Ehefrau. — Joseph Hermann, Tagelöhner, ledig. — Gertrud Lang, Ehefrau. — Johann Alois, B.: Eduard Knebel, Tagelöhner. — Pauline Rohm, Witwe. — Elise Reichelt, Privatiers, ledig. — Maria Röhr, Buchhalterin, ledig.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan für die Zeit vom 1. bis mit 9. Februar 1913. Im Hoftheater in Karlsruhe.

(Angegeben ist der Preis für Sperrsis 1. Abteilung.)

Samstag, 1. Febr. Abt. B. 35. Ab.-Vorst. „Solberg“, historisches Schauspiel in 5 Akten von Gehje. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. (4 M.)

Sonntag, 2. Febr. Nachmittags 1/2 3 Uhr: XX. Vorst. außer Ab. Ermäßigte Preise: „Der Raub der Sabinerinnen“, Schwank in 4 Akten von Schönhan. Anfang 1/2 3 Uhr, Ende 5 Uhr. (2 M.)

Abends 7 Uhr. Abt. C. 35. Ab.-Vorst. Neuestudiert: „Die Fledermaus“, Operette in 3 Akten von Johann Strauß. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. (6 M.)

Montag, 3. Febr. XXI. Vorst. auß. Ab. Einmaliges Gesamtgastspiel des Schäßjischen Theaters in Straßburg: Zum erstenmal: „D'Schmuggler“, elssässische Komödie in 4 Akten von Artur Dinter. Anfang 1/2 3 Uhr, Ende 10 Uhr. (4 M.)

Dienstag, 4. Febr. Vormitt. 11 Uhr. XXI. Vorst. auß. Ab. Ermäßigte Preise. „Der gekielte Kater“, ein Märchenstück mit Musik in 4 Akten v. E. A. Hermann. Anfang 11 Uhr, Ende 1 Uhr. (2 M.)

Abends 1/2 8 Uhr. Abt. A. 34. Ab.-Vorst. „Einen Zug will er sich machen“, Pöffe mit Gesang in 4 Akten von Nestoy. Anfang 1/2 8 Uhr, Ende gegen 10 1/2 Uhr. (4,50 M.)

Mittwoch, 5. Febr. Abt. B. 36. Ab.-Vorst. „Ariadne auf Naxos“, Oper in 1 Akt von Hofmannsthal, Musik v. Richard Strauß, zu spielen nach dem „Bürger als Edelmann“ des Mollière. Anfang 7 Uhr, Ende 11 1/2 Uhr. (6 M.)

Freitag, 7. Febr. Abt. A. 36. Ab.-Vorst. „Die verkaufte Braut“, komische Oper in 3 Akten von Smetana. Anfang 1/2 8 Uhr, Ende 10 Uhr. (4,50 M.)

Samstag, 8. Febr. Abt. C. 36. Ab.-Vorst. „Die Verschwörung des Fiesco zu Genua“, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende 11 1/2 Uhr. (4 M.)

Sonntag, 9. Febr. Abt. A. 38. Ab.-Vorst. „Carmen“, große Oper in 4 Akten von Bizet. Anfang 1/2 7 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr. (6 M.)

Im Theater in Baden.

Donnerstag, 6. Febr. 19. Ab.-Vorst. Neuestudiert: „Solberg“, historisches Schauspiel in 5 Akten von Gehje. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Z.B.F.M.u.H. Schneebestäubungen. Der auf den Bergen liegende Schnee hat in den letzten Tagen etwas abgenommen. Am Morgen des 30. Januar (Donnerstag) sind gemessen worden: in Furtmangen 14, in Dürkheim 10, in Sletten a. I. 12, in Heiligenberg 2, in Bollhaus 18, beim Feldberger-Hof 90, in Tittler 36, in Neustadt 22, in Bonndorf 20, in Bernau 32, in Heubronn 18, in Kniebis 39, in Weitenbrunnen 10, in Herrenwies 16, in Kaltenbrunn 25, cm. Die Nachrichten aus Söckenschwand, Gersbach, Todtnauberg und St. Märgen sind nicht eingetroffen.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie vom 31. Januar 1913.

Wider Vermuten hat sich die Luftdruckverteilung völlig umgestaltet; die sehr tiefe Depression, die heute östlich von Island liegt, hat einen Ausläufer weit in das Binnenland hinein entsandt und hat den hohen Druck nach Südosteuropa verdrängt. Bis Westdeutschland herein vor am Morgen unruhiges und mildes Regengewitter eingetreten, während im größten Teil des Reiches noch ziemlich strenges Frostwetter herrschte. Der Ausläufer wird voraussichtlich bald nordwärts abziehen; es ist deshalb unbeständiges und etwas kühleres Wetter mit Regen- und Schneefällen zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 31. Januar, früh:

Lugano bedeckt -1 Grad, Triest bedeckt -2 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Table with columns: Januar, Barom. mm, Therm. in C., Abf. Feucht. in mm, Feuchtigk. in Proz., Wind, Himmel. Rows for 30. Nachts, 31. Morgs., 31. Mittags.

Höchste Temperatur am 30. Januar: =2.1; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: =0.2.

Niederschlagsmenge, gemessen am 31. Januar, 7<sup>u</sup> früh =2.2 mm.

Wasserstand des Rheins am 31. Januar früh: Schusterinsel 1.50 m, gefallen 1 cm; Rehl 2.54 m, gefallen 5 cm; Maxau 4.24 m, gefallen 10 cm; Mannheim 3.80 m, gefallen 23 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur E. A. Mend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Nehmen Sie

täglich ein Likörgläschen Dr. Hommel's Haematogen unmittelbar vor der Hauptmahlzeit! Ihr Appetit wird reger, Ihr Nervensystem erstarkt! die körperlichen Kräfte werden gehoben. Warnung: Man verlange ausdrücklich den Namen Dr. Hommel.

„Restaurant Museum“

5-Uhr-Tee Eigene Konditorei.

Institut Fecht, Karlsruhe i. B., Kriegstr. Nr. 100

gegründet 1874 von Herrn Oberleut. a. D. A. Fecht Privatmittelschule von Sexta bis incl. Oberprima mit Gymnasial- und Realabteilung in Übereinstimmung mit den staatlichen Lehrplänen. Vorbereitung für alle Militär- und Schulprüfungen incl. Abiturium. Internat und Externat. Eintritt jederzeit. Näheres mit Referenzen in den Satzungen. Die Direktion. E.62

Museum  
**Sonntag den 2. Februar, 8 Uhr**  
**Lustiger Abend**  
**Marzell Salzer**  
 Humor. Fastnachts-Programm.  
 Karten zu Mark 3.—, 2.— und 1.— in der E.59  
 Hofmusikalien- handlung **Hugo Kuntz** Nachfolger Kurt Neufeldt  
 von 9—12,3—7Uhr.

Waldstr. 16/18 **COLOSSEUM** Telephon 1938.

Monat Februar 1913:  
**Gastspiel des großen oberbayr. Bauerntheaters**  
 Direktion: M. Dengg. Ca. 30 Personen.  
 Jeden Tag ein anderes Stück.

**Alles nähere an den Plakatsäulen.**  
 Beginn der Vorstellungen täglich abends 8 Uhr, an Sonntagen auch nachmittags 4 Uhr. E.65

**Mannheimer Sandstein- u. Granit-Werke**  
**Wilhelm Busam.**  
 Ausführung von Steinmetzarbeiten aller Art in Sandstein und Granit C.451  
 Steinsägerei, Schleif- und Polierwerkstätte mit Maschinenbetrieb  
 Bureau und Werkplatz: MANNHEIM, Welsche Gärten  
 Fernsprecher Nr. 314.

**Karlsruher Möbelhalle**  
 der Schreinermeister-Genossenschaft (e. G. m. b. H.)  
 Telephon 2487 Herrenstrasse 46 Telephon 2487 C.102  
**Komplette**  
**Zimmer-Einrichtungen in 4 Stockwerken**  
 Anfertigung von Möbeln jeder Art nach eigenen oder gegebenen Entwürfen. — Eigene Tapezierwerkstätte.

G. Brannsche Hofbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe  
**Badische Landesbauordnung**  
 vom 1. September 1907  
 mit Erläuterungen und Ergänzungsvorschriften  
 herausgegeben von **Franz Joseph Roth,** Oberamtmann  
 Amtsvorstand in Eppingen  
 früher Sachbearbeiter der Bauabteilung des Groß. Bezirksamts Mannheim  
 Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage  
 Preis gebunden M. 3.80  
 Es wird zu dem Buche in Kürze ein Nachtrag erscheinen, der die soeben erlassenen neuen amtlichen Verordnungen berücksichtigt.  
 Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag

**Badische 1 Mark-Geld-Lotterie**  
 Ziehung sicher 15. Februar  
 Geldgew. bar ohne Abzug  
**45 800 M.**  
 Hauptgewinn **20 000 M.**  
 127 Geldgewinne zus. **13 000 M.**  
 3160 Geldgewinne zus. **12 800 M.**  
 Lose à 1 M. (11 Lose 10 M., Porto und Liste 25 Pf. empfiehlt **J. Stürmer**  
 Lotterie-Unterw. Straßburg i. E., Langestr. 107

**Zu verkaufen**  
 ist wegen Todesfall, Nähe **Freiburgs** (im Hölental) ein gutgehendes rentables **Hut- u. Mützengeschäft** mit schön. Anwesen u. großem Obstgarten. Best. Offert. unt. **E. 28** an die Exp. der R.-Ztg. erbeten.

**Darlehen**  
 werden an Beamte öffentlicher Behörden mit Mindestgehalt von M. 3500 unter günstigen Bedingungen ohne Vorauszahlung irgend welcher Spesen gewährt. Off. unter genauen Angaben unter **D. 935** an die Expedition dieses Blattes.

**Masken - Costumes**  
 zu **Umzügen, Bällen und Karneval-Aufführungen** jeglicher Art empfehlen in reichhaltigster Auswahl bei **D.998**  
**billigsten Mietpreisen**  
 Schweiz. Costumes- u. Fahnen-Fabrik  
 Verleih-Institut  
**J. Louis Kaiser**  
 Basel (Schweiz) Leopoldshöhe i. Baden.  
 Kostenvoranschläge, Offerten und reich illustrierte Kataloge zu Diensten.  
**Viele und prächtige Neuheiten.** Alle unsere Costumes zeichnen sich aus durch tadellosen Sitz und Schnitt, prächtige Farbenwahl und gepflegte Sauberkeit. Zum Versand gelangen nur chemisch gereinigte Costumes inkl. aller Requisiten und Zutaten.  
**Nach Deutschland zollfreie Lieferung.**

**Kanzleihilfenstelle**

Wir suchen einen im Verwaltungsdienst bewanderten Gehilfen. E.63.2.1  
 Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche unter Anschluß von Zeugnissen und mit Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens 7. Februar d. J. diesseits einreichen. Bei guten Leistungen kann definitive Anstellung nach dem Beamtenstatut erfolgen. (Derzeitiger Gehaltsstarif für Kanzleihilfen 1300 bis 1800 Mark.) Stenographiefundige Bewerber werden bevorzugt.  
 Durlach, 30. Jan. 1913.  
 Der Gemeinderat.

**Gürgerliche Rechtspflege.**

**a. Streitige Gerichtsbarkeit**  
 3475.2.1 Freiburg. Verwalter Karl Binnig hier als Bevollmächtigter der a) Freiherr Heinrich von Ganting in Gonet, b) Josef Baier, Wagnermeister, c) Ferdinand Kirner, Tagelöhner, d) Eduard Wiefler, Steuerheber, e) Franz Josef Kreuz, Müller, f) Andreas Kirner, Georg Sohn, Landwirt, b—f in Kappel, hat zum Zwecke der Ausschüttung des Eigentümers des Grundstücks Gg. Nr. 22 Plan 2 Gewann Ortszettel der Gemarkung Kappel, Fläche 8 ar 38 qm es. Nr. 33 und 39, as. Nr. 30 und 31, im Grundbuch Kappel Band 1 Heft 29 auf den Namen der Arzt Brunner, Michael Dengler Bue, Johann Ketterer, Johann Paul, Josef Dengler und Johann Frei eingetragen, das Aufgebotsverfahren beantragt unter der Behauptung, das Grundstück sei seit 30 Jahren im Eigenbesitz seiner Vollmachtgeber, die Grundbuchsmäßigen Eigentümer seien gestorben und eine Eintragung in das Grundbuch, die der Zustimmung des Eigentümers bedürfte, sei seit 30 Jahren nicht erfolgt. Der bisherige Eigentümer des Grundstücks wird aufgefordert, spätestens in dem auf **Samstag den 26. April 1913, vormittags 9 Uhr,** vor Groß. Amtsgericht hier stattfindenden Aufgebotsstermin sein Recht anzumelden, widrigenfalls seine Ausschüttung erfolgen wird.  
 Freiburg, 28. Jan. 1913.  
 Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts I.

3474.2.1 Offenburg. Die Kaufmännin Adolf Sprich Ehefrau geb. Flury in Kleinfels, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwältin Levi in Offenburg, klagt gegen ihren genannten Gemann, früher in Bühl-Stadt, nun an unbekanntem Ort, auf Grund des § 1568 BGB. mit dem Antrage, die zwischen den Streitparteien am 12. Mai 1909 zu Kleinfels geschlossene Ehe aus Verschulden des Beklagten zu scheiden und dem Beklagten die Kosten aufzuerlegen.  
 Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Gr. Landgerichts in Offenburg auf  
**Dienstag den 1. April 1913, vormittags 9 Uhr,** mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Anwalt als Prozeßbevollmächtigten betreten zu lassen.  
 Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser

**Konkursverfahren.**

3477. Meßkirch. über das Vermögen des Landwirts Karl Rießer jung in Rohrdorf wird heute am 24. Januar 1913, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner seine Zahlungsunfähigkeit eingestanden hat.  
 Der Ratsschreiber Benedikt Stadler in Rast wird zum Konkursverwalter ernannt.  
 Konkursforderungen sind bis zum 14. Februar 1913 bei dem Gerichte anzumelden.  
 Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132 und 134 der R.-Ord. bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Freitag den 21. Febr. 1913, vormittags 10½ Uhr.**  
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderbare Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. Februar 1913 Anzeige zu machen.  
 Meßkirch, 24. Jan. 1913.  
 Gerichtsschreiberei des Groß. Amtsgerichts.

**Konkursverfahren.**

3478. Meßkirch. über das Vermögen des Glases Franz Rießer in Rohrdorf wird heute am 24. Januar 1913, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner seine Zahlungsunfähigkeit eingestanden hat.  
 Der Ratsschreiber Benedikt Stadler in Rast wird zum Konkursverwalter ernannt.  
 Konkursforderungen sind bis zum 14. Februar 1913 bei dem Gerichte anzumelden.  
 Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132 und 134 der R.-Ord. bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Freitag den 21. Febr. 1913, vormittags 10½ Uhr.**  
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderbare Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. Februar 1913 Anzeige zu machen.  
 Meßkirch, 24. Jan. 1913.  
 Gerichtsschreiberei des Groß. Amtsgerichts.

**Konkursverfahren.**

3479. Meßkirch. über das Vermögen des Christian Ubele, Wirt in Eingen, wurde heute am 28. Januar 1913, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner zahlungsunfähig ist und ein Gläubiger den Antrag auf Eröffnung des Konkurses gestellt hat.  
 Der Rechtsanwält Schmidt in Nodolszell ist zum Konkursverwalter ernannt.  
 Konkursforderungen sind bis zum 1. März 1913 bei dem Gerichte anzumelden.  
 Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Donnerstag, 20. Febr. 1913, vormittags 11½ Uhr,** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Donnerstag, 13. März 1913, nachmittags 3 Uhr.**  
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderbare Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 16. Februar 1913 Anzeige zu machen.  
 Nodolszell, 28. Jan. 1913.  
 Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.

**Konkursverfahren.**

3480. Schwetzingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Gewerkschaftenfabrik Hohenheim, e. G. m. u. S. in Hohenheim ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Anhörung der Gläubigerversammlung über die den Mitgliedern des Gläubigerausschusses zu gewährende Vergütung, Termin bestimmt auf **Samstag den 1. März 1913, vormittags 8½ Uhr,** vor dem Groß. Amtsgericht hier selbst, Zimmer Nr. 3.  
 Die Gebühren des Konkursverwalters wurden auf 640 M., seine Auslagen auf 212.20 M. festgesetzt.  
 Schwetzingen, 30. Jan. 1913.  
 Der Gerichtsschreiber Groß. Amtsgerichts.

**Konkursverfahren.**

3481. Schwetzingen. Im Konkursverfahren der Gewerkschaftenfabrik Hohenheim, e. G. m. u. S., soll Schlussverteilung stattfinden. Es betragen die bevorrechtigten Forderungen 224.41 M.; die nicht bevorrechtigten 13246 M. 83 Pf.; der zur Verteilung verfügbare Massebestand 7590.30 M.  
 Schwetzingen, 30. Jan. 1913.  
 Der Konkursverwalter: A. Röhrer.

**Konkursverfahren.**

3479. Meßkirch. über das Vermögen des Christian Ubele, Wirt in Eingen, wurde heute am 28. Januar 1913, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner zahlungsunfähig ist und ein Gläubiger den Antrag auf Eröffnung des Konkurses gestellt hat.  
 Der Rechtsanwält Schmidt in Nodolszell ist zum Konkursverwalter ernannt.  
 Konkursforderungen sind bis zum 1. März 1913 bei dem Gerichte anzumelden.  
 Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Donnerstag, 20. Febr. 1913, vormittags 11½ Uhr,** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Donnerstag, 13. März 1913, nachmittags 3 Uhr.**  
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderbare Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 16. Februar 1913 Anzeige zu machen.  
 Nodolszell, 28. Jan. 1913.  
 Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.

**Konkursverfahren.**

3480. Schwetzingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Gewerkschaftenfabrik Hohenheim, e. G. m. u. S. in Hohenheim ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Anhörung der Gläubigerversammlung über die den Mitgliedern des Gläubigerausschusses zu gewährende Vergütung, Termin bestimmt auf **Samstag den 1. März 1913, vormittags 8½ Uhr,** vor dem Groß. Amtsgericht hier selbst, Zimmer Nr. 3.  
 Die Gebühren des Konkursverwalters wurden auf 640 M., seine Auslagen auf 212.20 M. festgesetzt.  
 Schwetzingen, 30. Jan. 1913.  
 Der Gerichtsschreiber Groß. Amtsgerichts.

**Konkursverfahren.**

3481. Schwetzingen. Im Konkursverfahren der Gewerkschaftenfabrik Hohenheim, e. G. m. u. S., soll Schlussverteilung stattfinden. Es betragen die bevorrechtigten Forderungen 224.41 M.; die nicht bevorrechtigten 13246 M. 83 Pf.; der zur Verteilung verfügbare Massebestand 7590.30 M.  
 Schwetzingen, 30. Jan. 1913.  
 Der Konkursverwalter: A. Röhrer.

**Konkursverfahren.**

3487. Überlingen. über das Vermögen des Oberingenieurs Hans Rudolf Karg in Überlingen wurde heute am 29. Januar 1913, nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.  
 Rechtsanwält Riff in Überlingen ist zum Konkursverwalter ernannt.

**Konkursverfahren.**

Konkursforderungen sind bis zum 18. Februar 1913 bei dem Gerichte anzumelden.  
 Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Mittwoch den 26. Febr. 1913, nachmittags 3½ Uhr.**  
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderbare Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 22. Februar 1913 Anzeige zu machen.  
 Überlingen, 29. Jan. 1913.  
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

**Derchiedene Bekanntmachungen.**

**Getreideeinlagerung in Konstanz (Petershausen).**  
 Die unterm 30. April 1912 bekanntgegebene Lagerfreie Einlagerung von Getreide nach der Ostschweiz in unseren Lagerhäusern in Petershausen wird mit 1. Februar d. J. auf Sendungen ausgedehnt, die bis Sonntag zu den Frachttagen des Ausnahmetermins 27 für Straßburg transit Wasserweg abgefertigt werden. Die bestehenden Einschränkungen gelten auch für diese Sendungen. Näheres Auskunft erteilt unser Verkehrsreau. 3473  
 Karlsruhe, 28. Jan. 1913.  
 Groß. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

**Wesentlich - Südwest-Deutscher Güterverkehr.**

1. Mit Gültigkeit vom 1. Februar 1913 wird zum 1. Februar 1 der Nachtzug V ausgegeben, der in der Hauptgasse enthält:  
 a) die seit Ausgabe der letzten Nachtzüge im Verfügungsbereich bekannt gegebenen Tarifänderungen;  
 b) Entfernungen u. Frachtsätze für verschiedene neu einbezogene Stationen;  
 c) Entfernungen für die in den Verkehr neu einbezogenen Stationen der Altona-Kaltenkirchener und der Elmshorn-Barmstedt-Odesloer Eisenbahn;  
 d) Änderung und Ergänzung verschiedener Ausnahmetermins; neue Ausnahmetermins; neue Ausnahmetermins; neue Ausnahmetermins;  
 1. für Kupferdraht zur Ausfuhr nach deutsch-schweizerischen Übergangsstationen;  
 2. für gebrauchte Gasreinigungsmasse nach Rheinau Hafen;  
 e) anderweitige zum Teil bis 8 km erhöhte, zum Teil erniedrigte Entfernungen für verschiedene Verbindungen infolge Änderung der Bahnhofsanlagen in und um Köln;  
 f) anderweitige zum Teil um 1 km erhöhte Entfernungen für Georgsdacht;  
 g) anderweitige zum Teil erniedrigte Entfernungen für verschiedene Verbindungen infolge Eröffnung neuer Bahnhöfe.  
 Soweit Frachthöhungen eintreten, gelten sie erst vom 1. April 1913 an. Preis 10 Pf.  
 2. Vom gleichen Zeitpunkt an wird das Tarifheft 5 durch Aufnahme neuer Stationen ergänzt. Ferner wird ein Ausnahmetermins für gebrauchte Gasreinigungsmasse eingeführt. 3473  
 Näheres in unserem nächsten Tarifanzeiger.  
 Karlsruhe, 30. Jan. 1913.  
 Groß. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.